

## Gratis ÖV in der Stadt Bern – Unsere Antworten auf die Argumente des Gemeinderats

**Als soziale und ökologische Massnahme fordert die PdA Bern, den öffentlichen Verkehr in der Stadt Bern für alle gratis zu machen. Dazu haben wir im Berner Stadtrat eine Motion eingereicht. Inzwischen hat der Gemeinderat in seiner Botschaft an das Parlament Stellung bezogen. Wann die Motion im Parlament behandelt wird, ist noch offen. Schon jetzt lässt sich aber voraussagen: die von der Partei der Arbeit und der Kommunistischen Jugend angekündigte Volksinitiative braucht es auf jeden Fall, damit gratis ÖV in der Stadt Bern Realität wird!**

### **Gemeinderat: Der gratis ÖV liegt in der Kompetenz des Gemeinderates**

Das Berner Transportunternehmen BERNMOBIL ist ausgelagert und der Gemeinderat behauptet, die Einführung des gratis ÖV könne deshalb nicht vom Stadtrat beschlossen werden. Eine Umsetzung könne nur vom Gemeinderat auf dem Verhandlungsweg mit den Transportunternehmen verhandelt werden.

**Unsere Antwort:** Ein politischer Beschluss für den gratis ÖV ist durchaus möglich. Wir wehren uns gegen die Tendenz, dem Stadtrat die Weisungsbefugnis zunehmend zu entziehen. Er kann durchaus beschliessen, das ausgelagerte Berner Verkehrsunternehmen BERNMOBIL wieder unter die öffentliche Kontrolle zu stellen. Ein solcher Antrag wurde im Rahmen der Überarbeitung des Anstaltsreglements der Städtischen Verkehrsbetriebe (SVB) eingereicht, wird aber voraussichtlich im eigentlich linken Stadtrat keine Mehrheit finden. Deshalb scheint eine Volksabstimmung zur Durch-

setzung des gratis ÖV nach dem Vorbild anderer europäischer Städte nötig.

### **Gemeinderat: ÖV-Fahrten werden auch ohne eine solche Massnahme zunehmen**

Der Gemeinderat rechnet mit einer Steigerung des Verkehrsaufkommens im öffentlichen Verkehr in den nächsten Jahren und hat auch diverse Initiativen für den Veloverkehr gestartet. Deshalb sei der Beschluss für einen gratis ÖV nicht nötig.

**Unsere Antwort:** Leider geht der Umstieg vom Auto auf den öffentlichen Verkehr und das Velo zu langsam. Angesichts des Klima-Notstandes haben wir heute jedoch gar keine Wahl mehr. Es gibt kein Dafür oder Dawider, ob wir wirksame Massnahmen ergreifen wollen, um die CO<sub>2</sub>-Emissionen zu reduzieren. Der entsprechende politische Wille ist heute zu einer Frage des Überlebens geworden.

### **Gemeinderat: Es gibt zwei Umsetzungsmöglichkeiten, aber eigentlich sind zielgruppenorientierte Vergünstigungen genug**

**Unsere Antwort:** Der Gemeinderat möchte das Anliegen offensichtlich nicht umsetzen. Leider reichen die Vergünstigungsmassnahmen der Stadt Bern aber weder sozial noch ökologisch aus. Bei einer Finanzierung des gratis ÖV über Steuergelder würden Gutverdienende verhältnismässig mehr zahlen, und Wenigverdienende würden entlastet. Aber auch die Firmen zahlen Steuern und entrichten so ihren Beitrag zur Finanzierung des ÖV. Wer ein steuerbares Einkommen von weniger als Fr. 100'000 hat, spart mit dem Wegfall der Libero-Kosten in jedem Fall wesentlich. Das heisst, der gratis ÖV ist eine Entlastung der Gering- und Normalverdienenden!

### **Gemeinderat: Es gibt international gesehen auch Pleiten in Sachen gratis ÖV.**

Der Gemeinderat bringt das Beispiel der Stadt Hasselt in Belgien als Negativbeispiel. Dort sei der gratis ÖV zu teuer geworden und habe wieder abgeschafft werden müssen.

---

**Unsere Antwort:** Hasselt war bei der Einführung des gratis ÖV nicht mit der Stadt Bern vergleichbar, weil die Stadt Bern ein gut ausgebautes ÖV-Netz besitzt. Trotzdem war der gratis ÖV in Hasselt ein spektakulärer Erfolg. Innert 15 Jahren wurde das Busnetz von anfänglich vier auf schliesslich über 50 Linien erweitert. Das Scheitern des Projektes ist mit einem politischen Machtwechsel zu erklären. 2012 kam eine konservative Regierung an die Macht, die politisch nicht mehr willens war, das Projekt weiterzuführen und die wieder Ticketpreise eingeführt hat. Dieser Rückschritt wurde vollzogen, obwohl der Erfolg des gratis ÖV unbestritten war.

**Gemeinderat: Die Kosten sind zu hoch – finanziell ist der gratis ÖV untragbar**

**Unsere Antwort:** International gesehen gibt es immer mehr Städte, und sogar Länder, die den gratis ÖV beschlossen haben und damit finanziell nicht gescheitert sind. Das spricht für sich. Es gibt viele Vorbildmodelle: In der Stadt Wien werden 40 Prozent der ÖV-Kosten beispielsweise über eine kommunale Abgabe für Unternehmen finanziert. In Bern hingegen ist der ÖV zu 64 Prozent über Tickets und Abonnemente finanziert. Dieser Anteil ist unsozial und zu hoch. Die PdA Bern wünscht sich daher für die Finanzierung des ÖV eine steuerliche Lösung statt der unsozialen Kopfprämien wie bis anhin. Eine steuerliche Lösung würde für alle Einkommen unter 100'000 Franken eine Einsparung bedeuten.

Zora Schneider, Stadträtin PdA Bern

## Frauen\*streik 2019 – Das Buch

Verlagsgenossenschaft vorwärts

Das Buch dokumentiert den historischen Frauen\*streik vom 14. Juni 2019. Auf 256 Seiten werden 30 Texte von 15 Autor\*innen, 12 Manifeste von verschiedenen Frauen\*organisationen sowie zahlreiche farbige Flyer und Fotos festgehalten. Es ist ein Beitrag für die Zukunft des Frauen\*streiks, denn der Erlös fliesst in konkrete Projekte, die mit dem Streikjahr in Verbindung stehen. Jetzt bestellen: [frauenstreik-buch.ch](http://frauenstreik-buch.ch)

## Suspendierung der USA von der UNO

**Solange die USA ihren finanziellen Verpflichtungen nicht nachkommen, sollen sie von der UNO suspendiert werden. Dies die Forderung von PdA-Nationalrat Denis de la Reussille in einer Interpellation an den Bundesrat.**

**Die Interpellation im Wortlaut:**

Ab 2017 hat die USA ihre Zahlungen an die UNO stark reduziert, für einige UN-Organisationen gar ganz eingestellt. So wurden beispielsweise die Beiträge für die Weltgesundheitsorganisation WHO, die Agentur der UNO für die palästinensischen Flüchtlinge UNWRA, sowie für die Kinderhilfsorganisation UNICEF stark reduziert oder ganz gestrichen.

Es steht uns nicht zu, den katastrophalen Umgang des US-Präsidenten mit der Pandemie zu kommentieren. Es ist dies ein Problem zwischen ihm und seinen Mitbürger\*innen. Die Frage ist viel mehr: Warum soll einem Staat erlaubt sein, in den Gremien vertreten zu bleiben, obwohl er seine finanziellen Verpflichtungen nicht einhält?

Unabhängig von der Vereinigung, dem Verein oder Verband: Wir haben es noch nie erlebt, dass ein Mitglied, das seinen Beitrag nicht bezahlt, Mitglied bleibt und sogar Vorstandsmitglied mit Vetorecht ist. Dies ist sowohl unvorstellbar als auch surreal.

**Fragen:**

- Wie kann es toleriert werden, dass ein Mitgliedsstaat der verschiedenen UN-Organisationen seinen Anteil an der Finanzierung völlig einseitig aussetzt?
- Wie kann es toleriert werden, dass ein Mitglied, das seinen Beitrag nicht bezahlt, mit einem Vetorecht in den Ausschüssen dieser verschiedenen Gremien vertreten ist?
- Würde es die Schweiz auch erwägen, ihre Beiträge zu suspendieren, wenn sie mit einem UNO-Beschluss nicht einverstanden wäre?

Wir fordern den Bundesrat eindringlich auf, über die Vorsteherin des EDA die Suspendierung der Vereinigten Staaten bei der UNO und allen ihren Organisationen zu beantragen, bis zur vollständigen Wiederaufnahme der US-Zahlungen, einschliesslich der Zahlungen der Rückstände.

PdA-Nationalrat Denis de la Reussille

# **Forderung: Wiederaufnahme der Arbeit des Berner Stadtparlaments nach den Osterferien!**

7. April 2020

Medienmitteilung der Partei der Arbeit Bern

**Gerade in der Coronakrise müssen die demokratischen Institutionen funktionieren und Massnahmen gegen die Krise beschliessen können. Im Moment finden keine Stadtratssitzungen statt: Die Volksvertreterinnen und Volksvertreter der Stadt Bern können ihre Verantwortung und Pflicht nicht wahrnehmen. Das Vertrauen in demokratische Institutionen darf nicht abnehmen und die Volksvertretung muss ihren Aufgaben nachkommen. Wir fordern deshalb: Der aktuelle, undemokratische Zustand muss nach den Osterferien sofort beendet werden!**

**Aktuelle Situation – möglich sind nur Fragen, keine Beschlüsse**

Der Gemeinderat beschliesst im Moment eigenhändig Massnahmen, mit der Rechtfertigung, dass er alle zwei Wochen Onlinesitzungen mit den Fraktionsspitzen der Berner Fraktionen abhält. Dort können die Parteien Fragen stellen. Heute ist zudem beschlossen worden, dass kleine Anfragen oder dringliche Interpellationen eingereicht werden können. Motionen und Postulate können weiterhin nur im Rahmen einer Stadtratssitzung eingereicht werden. Das heisst, der Stadtrat ist im Moment handlungsunfähig. Die Fragen werden erst sehr viel später beantwortet. Begründet wird die Absage der Sitzungen vom Büro des Stadtrates damit, dass kein geeigneter Raum gefunden werden kann. Dies wirkt nicht glaubwürdig, da das Tagen z. B. auf dem Expo-Gelände aus unserer Sicht unter Wahrung der nötigen Sicherheitsvorkehrungen möglich wäre.

**Sparmassnahmen werden dem Stadtrat nicht unterbreitet**

Der Gemeinderat hat in der jetzigen Krise ein Sparpaket beschlossen, das u. a. jene Gruppen bestraft, die durch die Krise jetzt schon besonders betroffen sind: Flüchtlinge, Obdachlose,

Fahrende, alte Menschen und Geringverdienende. Solche Massnahmen sind schwerwiegend und sollten auch in der Krise nur mit der Zustimmung des Parlaments getroffen werden dürfen.

**Es handelt sich gemäss der Liste des Gemeinderates u. a. um folgende Posten:**

- Ca. 60'000 Franken von der Direktion für Bildung, Soziales und Sport BSS im Bereich Engagement Stadt Bern im Zusammenhang mit der Flüchtlingskrise sollen eingespart werden.
- Verzicht auf Vorhaltekosten bei den Wohnungen für Obdachlose
- Verzicht auf Mietzinsvergünstigung Standplatz für Fahrende «Buech»
- Kürzung Einlage Spezialfinanzierung einziges städtisches Altersheim «Kühlewil»
- Kürzung Deutschbons für die Integration und Kürzung bei Partizipationsprojekten
- Kürzung/Verzicht auf die Behandlungsbeiträge beim Schulmedizinischen Dienst
- Beim Sozialamt: Verzicht auf Massnahme M5 (Ablösung von prekären Arbeitsplätzen: Verbesserung von prekären Arbeitsverhältnissen durch zusätzliche Ressourcen der Personalvermittlung).

**Notwendige Schnellmassnahmen**

Die Coronakrise legt die Schwachstellen offen, die durch jahrzehntelange neoliberale Sparpolitik geschaffen wurden. Sie droht die Ärmsten am meisten zu schädigen. Diese Entwicklung muss sofort bekämpft werden. Aufgrund der aktuellen Situation können wir uns aber nicht gegen die Abstrafung der Schwächsten der Gesellschaft wehren. Der Stadtrat muss deshalb sofort wieder tagen.

Zudem müssen notwendige Schnellmassnahmen demokratisch verantwortlich beschlossen und umgesetzt werden. Die Partei der Arbeit fordert darum die unmittelbare Umsetzung von Sofortmassnahmen: Dringend nötig ist die finanzielle Unterstützung von Menschen, die ihr Einkommen verloren haben, die unverzügliche Unterstützung von Frauenhäusern, von Alleinerziehenden sowie von Obdachlosenunterkünften oder von in der Schweiz gestrandeten Prostituierten und Sans-Papiers.

## **Auf die Finger schauen, auf die Pfoten hauen!**

**Unter der Bedingung von Krise und Notrecht kann die Versuchung für Exekutiven aller Ebenen verlockend sein, demokratische Prozeduren zu verschlanken und die politische Willensbildung zu kanalisieren. Deshalb muss die demokratische Kontrolle von unten auch schon ganz unten beginnen: in den Gemeinden.**

In Biel und Nidau, den beiden Städten am unteren Ende des Bielersees, befinden sich zwei mehr als fragwürdige Bauvorhaben in einer heissen Phase: Agglolac und Westast. Während das Autobahnprojekt Westast in einem «Dialogprozess» perspektivisch auf einen faulen Kompromiss zu manövriert wird (Fortsetzung folgt!), könnten sich bei Agglolac – dem luxuriösen Überbauungsprojekt für bisher brachliegende und damit unverwertete Bereiche des Bielersee-Strands durch den auch in Zürich bestens bekannten Immobilienkonzern «Mobimo» – die Dinge sogar überstürzen. Auch wenn aktuell daran gezweifelt werden muss, dass die Abstimmungsbotschaft für die Volksabstimmung vom 28. Juni 2020 vorgängig im Stadtrat (Legislative) parlamentarisch sauber verhandelt werden kann, dürfen wir auch den schlimmsten Fall nicht ausschliessen: dass unter Rückgriff auf Notrecht die parlamentarische Debatte eingeschränkt und der öffentliche Abstimmungskampf zur Farce wird. In diesem Fall würden sich nur noch die finanzkräftigen und polit-ökonomisch bestens vernetzten Interessen mit «kontaktunabhängiger» Medienpropaganda einbringen und durchsetzen können. Dem rotgrün dominierten Bieler Gemeinderat (Exekutive) kann leider in diesem Fall nicht über den Weg getraut werden. Bisher hat die Bieler Regierung Notrecht zwar erst zum politisch unbestrittenen Erwerb einer Liegenschaft zur Sicherstellung des Schulraumbedarfs eingesetzt. Zum Abstimmungstermin

vom 28. Juni herrscht aber Schweigen. Um demokratiepolitischem Missbrauch der aktuellen Situation zuvorzukommen, muss inner- und erst recht ausserparlamentarisch gelten: Dem Gemeinderat auf die Finger schauen!

### **Gentrifizierungs-Politik**

SP und Grüne haben Westast und Agglolac lange Zeit mehr oder weniger wohlwollend verschlafen und dann auf öffentlichen Druck hin wiederum mehr oder weniger überzeugend ihre Gemeinderatsmitglieder aus der Schusslinie zu bringen versucht. Glaubwürdig wäre anders. In der SP ist das wirtschaftsgeile Virus vom ehemaligen Stadtpräsidenten und heutigen Berner Ständerat Hans Stöckli widerstandslos auf seinen Nachfolger übergesprungen, der seinerseits auch die Jungmannschaft der Juso im Rat ganz gut an der Leine zu halten versteht. Bei den Grünen haben sich neben verlässlichen Genoss\*innen – sorry: opportunistische Karrierist\*innen – breit gemacht und auch Profilneurotiker wie der mittlerweile politisch unberechenbare Architekturkritiker Benedikt Loderer, der für den aktuellen Kompromiss-/Kapitulationskurs des Vereins westastsonicht.ch mitverantwortlich ist und die Gegner\*innen von Agglolac in der Gratiszeitung Biel/Bienne schlicht als nostalgische Dörfler diffamiert. Woher die späte Begeisterung für die bei diesem verdienstvollen «Stadtwanderer» kommen mag, bleibt schleierhaft.

### **Projekte auf Eis legen**

Unter diesen politischen Umständen, die gekennzeichnet sind von einem zähen politisch-wirtschaftlichen Filz weit hinein ins rotgrüne Spektrum, ist es umso wichtiger, dass sich Menschen jenseits parteipolitischer Kalkulation im Widerstand nicht nur gegen das



Gentrifizierungs-Monster Agglolac, sondern auch gegen weitere Formen der Zerstörung von Gesellschaft und Umwelt finden, um sich gemeinsam dem weiten Feld an Handlungsformen jenseits parlamentarisch-politischer Logik zu widmen. Deshalb wird es auch im Hinblick auf die Bieler Stadt- und Gemeinderatswahlen vom nächsten September nicht genügen, den Parteien bloss auf die Lippen mit ihren hehren Versprechen zu starren – es braucht den Tatbeweis. Die Erfahrung lehrt, dass es dazu keine Alternative gibt. In der konkreten Situation bedeutet das zu fordern, dass alle politischen Gremien und Instanzen die Agenda zu Westast und Agglolac auf Eis legen. Für Krisengewinnler ist kein Platz!

Kurz vor Ostern gaben die Stadtpräsidentin von Nidau und der Stadtpräsident von Biel/Bienne bekannt, die Volksabstimmung über Agglolac würde verschoben. Eine kleine Freude darf schon mal herrschen. Der nächste und grosse Schritt steht noch bevor: Den Mobimo-Luxusdampfer endgültig stranden lassen!

Rolf Zbinden, Biel/Bienne

## Solidarität – bis zum letzten Klatscher

**In Tagen wie diesen greifen selbst Solidaritätsresistente auf eben genau diesen Ausdruck zurück. Solidarität ist einer der wichtigsten Bausteine unseres gemeinsamen Zusammenlebens. Ohne geht nicht. Oder? Wir müssen immer wieder feststellen, dass Solidarität in mannigfaltiger Weise missbraucht wird. Da applaudieren unsere Mitmenschen den Helden dieser Tage von den Balkonen herunter und zeigen sich – auf diese Art – solidarisch. Solidarisch? Bravo!**

Ist den Jubler\*innen eigentlich bewusst, dass genau diese Held\*innen einfach ihren Job machen? Oder haben sie das vorher schlicht nicht mitbekommen? Es scheint mir doch recht heuchlerisch, dass Tätigkeiten, die oft kaum wahrgenommen oder einfach als selbstverständlich betrachtet werden, in der jetzigen Situation als herausragend hervorgehoben werden.

Statt des Balkonjubels hätten genau diese «systemrelevanten» Personen eine andere Form der Anerkennung verdient, nämlich anständige Arbeitsbedingungen. Die Zwölfstundenschichten, die in der Pflege geleistet werden, sollten ein wirkliches Umdenken stattfinden lassen!

Dazu kommt, dass börsenkotierte Unternehmen staatliche Unterstützung in Anspruch nehmen und gleichzeitig Dividenden ausschütten. Bedeutet das Solidarität? Da bleibt wohl den meisten Balkonklatscher\*innen der Applaus sonst wo stecken. Oder nicht?

Wo bleibt der Jubel über die peinliche Swiss Rettung? Einem Husarenstück gleich schiebt der Bund die Tochter der Lufthansa mit Milliarden an. Die Aktionäre der Lufthansa freuts!

Solidarität gegenüber kleinen Unternehmen, die – auch im Lockdown – Miete bezahlen müssen? Kaum, höchstens symbolisch, indem das wahrscheinliche Verschwinden unzähliger Geschäfte doch sehr bedauert wird. Man kann doch nicht einfach auf die Mieteinnahmen verzichten. Oder?

Anstelle wirklicher Hilfe, die z.B. durch ein befristetes bedingungsloses Grundeinkommen wirklich unbürokratisch stattfinden könnte, werden Milliardenkredite vergeben, die zwar zum grössten Teil vom Bund verbürgt werden, aber rückzahlbar sind. Vielleicht muss sich der Bund die eine oder andere Milliarde ans Bein streichen. Dies dürfte wohl kaum ein Trost für die Pleite gegangenen Unternehmen sein. Oder?

Und wo bleiben die Ärmsten der Armen? Die Schutzbedürftigsten können nicht mal vom Balkon herab zuschauen, wie sich Grosskapitalisten in ihrem Elend suhlen und um Zuwendungen betteln. Die Flüchtenden müssen auf die Solidarität (?) unsereins hoffen.

Und genau da liegt offenbar das Problem: Solidarität ist ja schon gut, aber zuerst müssen wir für uns schauen, sonst klappen unsere Finanzmärkte zusammen. Und dann?

So, genug Solidaritäts-Stretching. Solidarität bedeutet: «unbedingtes Zusammenhalten mit jemandem aufgrund gleicher Anschauungen und Ziele».

Ziele? Vielleicht wird das Wort zu oft und zu schnell missbraucht. Was meint ihr?

Pesche Heiniger, Stadtrat PdA/POP, Biel/Bienne

## **Solidaritätsabgabe bringt 17 Milliarden!**

**Auf die Gesundheitskrise folgt die wirtschaftliche Krise. Wer soll diese bezahlen? Die Einführung einer «Corona-Solidaritätssteuer», wie sie die Partei der Arbeit der Schweiz (PdAS) vorschlägt, würde ein starkes Signal setzen.**

Das Staatssekretariat für Wirtschaft (Seco) revidierte kürzlich seine Wirtschaftsprognosen: Die Rezession wird stärker ausfallen als ursprünglich prognostiziert, so dass die Arbeitslosenquote bis zu sieben Prozent erreichen könnte. Die Wirtschaft läuft auf Sparflamme und die am stärksten betroffenen Kantone beschliessen sehr schnell, Baustellen zu schliessen, und im Tessin wurde sogar die gesamte nicht lebensnotwendige Produktion eingestellt. Am 4. April berichtete Radio Télévision Suisse Romande, ein Viertel der Belegschaft sei in Kurzarbeit. Klagen von kleinen Selbständigen, die sich in Schwierigkeiten befinden, nehmen zu. So wie die Wirtschaft funktioniert, war sie nicht vorbereitet auf diese Überraschung. Dies ist weitgehend auf die liberale Politik der letzten Jahrzehnte zurückzuführen: Niedrigere Unternehmenssteuern, Privatisierung des Gesundheitswesens und anderer öffentlicher Dienste schwächten die Reaktionsfähigkeit des Staates.

### **Mehr Sparpolitik in Sicht**

Die Reaktion vieler Länder auf die Covid-19-Pandemie zeigte, dass die angebliche Unmöglichkeit staatlicher Eingriffe in die Wirtschaft nur ein Mythos war. Innerhalb weniger Tage konnte der Bundsrat in mehreren Bereichen tätig werden, viel Geld freisetzen und den Unternehmen strenge Regeln auferlegen. Dasselbe geschah auch anderswo in der Welt: Spanien verstaatlichte private Krankenhäuser, Italien eine Fluggesellschaft, und sogar in den Vereinigten Staaten war ein Unternehmen der Grösse von General Motors gezwungen, medizinische Geräte herzustellen.

Ohne staatliches Eingreifen in die Wirtschaft gibt es offenbar keine Rettung vor der Epidemie. Denn es ist jetzt klar, kein «Gesetz des Marktes» erlaubt es, wirksam auf eine Situation zu reagieren, in der Menschenleben in Gefahr sind. Aber wir sollten uns nichts vormachen lassen. Die zehn Jahre der Sparmassnahmen nach den ähnlichen Massnah-

men, die 2008 zur Rettung des Privatsektors ergriffen wurden, bewiesen, dass die verantwortlichen Liberalen die breite Bevölkerung für diesen Schlag gegen den liberalen Mythos teuer bezahlen lassen werden.

Um die angeschlagene Privatwirtschaft zu schützen, hat der Bund versprochen, Schulden in der Höhe von 40 Milliarden Franken zu machen. Die Unterstützung von Selbstständigen und Kleinunternehmen ist in Zeiten eines Crashes unerlässlich. Aber die Reaktion auf den Gegenangriff, der folgen wird, sobald die Krise vorbei ist, muss jetzt vorbereitet werden. Sonst müssen wir uns wahrscheinlich wieder die gleiche alte Leier anhören: «Unser Land ist verschuldet und die Kassen sind leer, wir müssen Kürzungen im Sozial-, Gesundheits- und Bildungsbereich vornehmen», immer ergänzt durch den fremdenfeindlichen Refrain: «Die Ausländer sind die die Ursache aller Probleme».

### **Umverteilung des Reichtums**

Für die PdAS muss der Bund einen wirtschaftlichen Rettungsplan aufstellen, aber unter der Bedingung, dass diejenigen, die von der Jahrzehnte langen liberalen Politik profitiert haben, die Rechnung bezahlen. In der Schweiz ist das Vermögen, das eine Minderheit von Einzelpersonen auf Kosten der Bevölkerung angehäuft hat, so gross, dass eine einmalige «Corona-Solidaritätsabgabe» von 2 Prozent auf Vermögen ab 3 Millionen Franken dem Staat mehr als 17 Milliarden Franken einbringen würde. Genau dies fordert die PdAS und hat eine entsprechende Onlinepetition lanciert. Dazu soll ein spezifischer Fonds geschaffen werden, in den die Corona-Solidaritätsabgabe einbezahlt wird. Daraus erfolgt die Umverteilung an die Arbeiter\*innen, Familien und Kleinbetriebe, die sich wegen der Corona-Krise in finanzieller Notlage befinden. In ihrer Medienmitteilung verweist die PdAS weiter auf folgenden, zentralen Punkt ihrer Forderung: «Die aus dem Fonds ausbezahlten Gelder gelten als konkreter Unterstützungsbeitrag und nicht als Darlehen. Sie müssen daher nicht zurückerstattet werden.»

### **Verstaatlichung der Banken**

Denken wir an die Zeit nach Corona. Die Pflicht der Regierung und des Parlaments wird es sein, zu reagieren, um uns vor dieser Art von Gesundheits- und Wirtschaftskrise zu schützen. Eine «Corona-So-

lidaritätssteuer» wäre ein starkes Signal in die richtige Richtung. Darüber muss sie aber von einer Wirtschaftspolitik begleitet werden, die im Dienste der breiten Bevölkerung steht: Steuerharmonisierung auf Bundesebene, höhere Besteuerung von Grossunternehmen und Holdinggesellschaften, Verstaatlichung der Banken und des Gesundheitswesens (öffentliche Einheitskrankenkasse, Verstaatlichung der Privatkliniken), Ausbau der Sozialversicherung sind nur einige Stichworte dazu.

**Impressum:**  
PdA POP – Partei der Arbeit des Kantons Bern  
Quartiergasse 17, Postfach, 3001 Bern  
www.pdabern.ch / www.popbienne.ch  
mail@pdabern.ch / Kontonummer 30-26786-9

1. Mai 2020, Medienmitteilung der Partei der Arbeit Bern

## PdA-Kundgebung zur Internationalen Solidarität

Petition unterschreiben: **und skandalöse Intervention der Polizei in der Stadt Bern**  
<https://pda.ch>

Paris Kyritsis & Amanda Ioset

Der Tag der Arbeit wird seit 130 Jahren gefeiert und ist der Tag der Arbeiterinnen und Arbeiter. Gerade in der Krise sehen wir, wie alles an den Arbeiterinnen und Arbeitern hängt. Ohne sie steht alles still.<sup>1</sup>

Es ist aber auch der Tag der Internationalität und der Solidarität. Entsprechend war die dramatische Situation im Mittelmeerraum Thema unserer Transparente.

Die Corona-Situation beschäftigt uns alle, viele Menschen haben Existenzängste. Dabei darf aber nicht vergessen werden, dass es Menschen gibt, bei denen es um Leben und Tod geht und dies direkt vor unseren Augen. In Lesbos leben zehntausende von Geflüchteten auf engstem Raum unter prekären Bedingungen und ein Covid-19-Ausbruch würde dort innert kürzester Zeit viele Tote fordern. Einige Staaten in Europa haben sich nun bereit erklärt, Menschen aus diesen Flüchtlingslagern aufzunehmen. Die Schweiz, eines der reichsten Länder der Welt, hält sich noch vornehm zurück. Die Partei der Arbeit fordert ein gemeinsames solidarisches Handeln. Die Schweiz soll sich bereit erklären, Menschen aus diesen Lagern zu befreien und ihnen eine Zukunft zu geben. Wir haben dazu die Ressourcen.<sup>2</sup>

Skandalös war einmal mehr das Verhalten der Polizei in der Stadt Bern. Obwohl sich die Teilnehmenden der PdA-Kundgebung an die Gruppengrössen und die Abstandsregeln hielten, kam es zu Personenkontrollen und zur Beschlagnahmung eines Transparents. Dies ist Willkür und eine zusätzliche Einschränkung der demokratischen Rechte, welche mit den zur Zeit geltenden Regeln ohnehin schon massiv eingeschränkt sind.

<sup>1</sup> Mehr dazu in der Stellungnahme der PdA Schweiz zum 1. Mai auf [pda.ch](https://pda.ch) / <sup>2</sup> Mehr dazu auf [evakuieren-jetzt.ch](https://evakuieren-jetzt.ch)



**Bestellen unter  
[www.vorwaerts.ch](http://www.vorwaerts.ch)**



**Frauen\*-  
streik 2019  
Das Buch**